

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2002)
Heft: 5

Artikel: "Damit müssen wir leben"
Autor: Steinmann, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-640625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), zu den Konsequenzen der Abstimmungen vom 22. September.

Herr Steinmann, wir führen dieses Gespräch am Tag nach der Abstimmung. Ihre Reaktionen werden wohl noch etwas provisorisch sein ... Richtig. Es braucht sicher noch eine Vox-Analyse und ausführliche Gespräche. Erst dann kann man fundiert sagen, wie es weitergehen soll.

Ein doppeltes Nein – sind Sie frustriert?

Das Volk nimmt bei uns seine Rechte wahr und sagt: Nein, das wollen wir so nicht! Damit müssen wir leben. Wir sind dazu da, die Mehrheiten im Bundesrat, im Parlament, im Volk zu beachten, und müssen versuchen, es dem Volk noch verständlicher zu erklären und auch Ängste ernster zu nehmen.

Hat die Linke gesiegt?

Das Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ist nicht nur ein linkes Nein, sondern auch ein konservatives: Viele Stimmüngerinnen und Stimmünger wollen in Sachen Stromversorgung kein Risiko, haben primär Angst um die Versorgungssicherheit und sind bereit, dafür zu bezahlen. Auf der andern Seite sagen die Gross-

Doppeltes Nein

Bei einer Stimmabstimmung von 45 Prozent wurde das Elektrizitätsmarktgesetz mit 1 078 112 Nein (52,6 Prozent) gegen 971 775 Ja (47,4 Prozent) abgelehnt. Die Waadt, der Jura, Genf, Neuenburg, das Tessin, Freiburg und das Wallis steuerten die grössten Nein-Mehrheiten bei. Am besten schnitt das Gesetz in den Kantonen Zug, Luzern, Obwalden und Basel-Landschaft ab.

Bei einer Spitzens-Stimmabstimmung von 71,3 Prozent lehnten 11 112 Stimmberchtigte (57,5 Prozent) das Gesuch der Genossenschaft für nukleare Entsorgung Wellenberg (GNW) für einen Sondierstollen ab. 8204 stimmten dafür. 1995 hatten blos 52,5 Prozent Nein gesagt.

ABSTIMMUNGEN

«Damit müssen wir leben»

unternehmen: Wir müssen konkurrenzfähig sein gegenüber dem Ausland und können mit Strompreisen, die 40 bis 50 Prozent über jenen unserer Konkurrenten liegen, nicht leben.

Die Rabatte, die oben gegeben werden, muss unten jemand bezahlen, sagt Bundesrat Moritz Leuenberger. EMG-Gegner sagen: Die Rabatte muss man halt nicht geben ...

Ich gehe davon aus, dass Rabatte nicht rückgängig gemacht werden. Mittelfristig muss jemand die Rabatte bezahlen, oder das Netz verludert, wenn der richtige Unterhalt nicht mehr finanziert werden kann.

Drum will man nicht aus den Händen geben ... Dafür habe ich auch Verständnis. Wir wollten aber nicht privatisieren, sondern sagten klar: Das oberste Netz betreibt eine nationale Netzgesellschaft, die unteren können wie bisher Gemeinden oder Kantonen gehören. Wer sich steuerlich entlasten will, kann dem Meistbietenden verkaufen.

Eine Rolle haben offenbar die Netzausfälle in Kalifornien gespielt. Hat man das zu wenig beachtet in der Kommunikation?

Wir wussten von diesen Ängsten. Wir versuchten zu erklären, dass wir in ein ganz anderes, europäisches System eingebettet sind, dass wir mehr tun für die Reservehaltung und das Stromwachstum nicht so gross ist wie in Kalifornien.

Die Schweiz ist eine Stromdrehscheibe in Europa. Welche Folgen wird das Nein für uns gegenüber Europa haben?

Die EU hat die Voraussetzungen für einen gleichberechtigten Zugang zum Strommarkt klar umschrieben: die Tarife für die Durchleitung veröffentlichen, die Durchleitung ermöglichen und einen Regulator bezeichnen. Über den Grad der Marktoffnung kann man mit der Europäischen Union sicher wieder diskutieren.

Ein neues Gesetz braucht drei Jahre. Passiert nichts bis dahin?

Das kann man nicht so sagen. Bis wir allenfalls ein neues Gesetz haben, dauert es zwar drei Jahre. Es kann aber auch sein, dass wir vorher Verabredungen innerhalb der Branche

oder zwischen Branchen und Verbrauchergruppen treffen wie Deutschland. Man gewährt den Grossen bestimmte Rabatte, gleichzeitig bleibt das bisherige System für die Kleinen irgendwie erhalten. Die Frage ist einfach, wer die Mehrkosten für Strom aus Wind- oder besonders umweltfreundlichen Wasserkraftwerken bezahlt.

Der Ökostrom wird schwerer haben ...

Der hat jetzt sicher eine Chance weniger. Wir werden sehen, ob sich z. B. beim Kernenergiegesetz neue Mehrheiten dafür finden lassen.

Wie geht es weiter?

Wir müssen den Dialog suchen mit allen Partnern – der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kantonen, den Umweltorganisationen, den Konsumentenorganisationen – und ausloten, was mehrheitsfähig ist. Wenn es ein neues Gesetz braucht, müssen wir versuchen, einen neuen Konsens zu finden, der das Referendum nicht mehr nötig macht. In der Schweiz braucht es halt manchmal zwei Anläufe ...

Hat man zu viel Zeit verloren?

Vor drei Jahren wäre die Stimmung sicher günstiger gewesen. Das hängt mit unserem politischen System zusammen. Vom ersten Expertenbericht bis zur Volksabstimmung vergingen sieben Jahre. Da kann viel passieren! Die Liberalisierungs-Turbos der Neunzigerjahre mussten freilich auch zurückbuchstabieren.

«Wir müssen einen neuen Endlagerstandort finden»

Sie hätten Grund für doppelten Frust: Der Kanton Nidwalden hat auch den Sondierstollen im Wellenberg abgelehnt ...

... weil die Leute klar sahen, dass bei positivem Ausgang der Testbohrungen das Risiko besteht, Endlagerstandort zu werden. Ich glaube aber nicht, dass die Gegner alle den Ausstieg aus der Atomenergie wollen und bereit wären, die Alternativen beim Strom auch zu bezahlen.

Der Entscheid bedeutet «back to square one»?

Zweifellos. Wir müssen einen neuen Standort finden – wir hatten ja schon andere, z. B. bei Ollon (VD) oder am Oberbauenstock (UR). Die Strategie ist abhängig davon, welche Rahmenbedingungen das neue Kernenergiegesetz schafft und wie das Volk nächstes Jahr zu den Initiativen «Strom ohne Atom» und zur zweiten Moratoriumsinitiative Stellung nimmt.